



Ausarbeitung

Ernst Thälmann: Seine Einstellung zur parlamentarischen Demokratie und seine Bedeutung für das Ende der Weimarer Republik



Ernst Thälmann: Seine Einstellung zur parlamentarischen Demokratie und seine Bedeutung für das Ende der Weimarer Republik

Verfasser: [REDACTED]
Aktenzeichen: WD 1 – 3000/025/11
Abschluss der Arbeit: 25. Juni 2011
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik
Telefon: [REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Thälmann und das Parlament	5
3.	Thälmann und die freien Gewerkschaften	7
4.	Thälmann und die Republik	8
5.	Thälmann und das Ende der Weimarer Republik	9
6.	Zusammenfassung	11
7.	Literatur	12

1. Einleitung

Ernst Thälmann, Jahrgang 1886, stand mehr als sieben Jahre an der Spitze der KPD in der Weimarer Republik. Seit 1903 war er Mitglied der SPD, wechselte während des Krieges zur USPD und schließlich zur KPD, deren Hamburger Vorsitzender er wurde. Seit 1919 gehörte er der Hamburger Bürgerschaft an. Von 1924 bis März 1933 war er Reichstagsabgeordneter. 1925 wie auch 1932 wurde er bei der Reichspräsidentenwahl von den Kommunisten erfolglos als Kandidat aufgestellt. Am 30. Oktober 1925 wurde er auf der I. Parteikonferenz der KPD Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands und blieb dies bis 1933. In dieser Zeit „...entwickelte sich ein wahrer Führerkult um die mittelmäßige Persönlichkeit des Hamburger ‚Transportarbeiters‘.“ (FLECHTHEIM, S. 252) Die KPD war während seiner Amtszeit geprägt durch innerparteiliche Flügelkämpfe, einen stetigen Mitgliederzuwachs, einige Affären und die Stalinisierung der Partei. Thälmann wird Stalin bis zu seinem Tod verehren.¹ 1944 wurde Thälmann durch die Nationalsozialisten in Buchenwald ermordet. In der DDR wurde Thälmann zur kommunistischen Symbolfigur des Widerstands gegen die NS-Diktatur.²

Die vorliegende Ausarbeitung stellt diese Aussagen und Haltungen Ernst Thälmanns zu demokratischen Institutionen, zur Republik und zur Demokratie zusammen. Dies soll im Kontext der Verantwortung Thälmanns für das Ende der Weimarer Republik geschehen. Entsprechend vernachlässigt diese Ausarbeitung weitestgehend sämtliche theoretischen Auseinandersetzungen der KPD zu Fragen von Demokratie und Republik, die entsprechenden Werke der kommunistischen Theoretiker auf diesem Gebiet und die entsprechenden theoretischen Analysen der späteren Forschung. Im Mittelpunkt stehen Thälmanns konkretes Verhältnis zum Parlament, zur Republik und zu den freien Gewerkschaften. Thälmanns Verhältnis zu Verfassung, zu Parteien und zur Gewaltenteilung ergeben sich innerhalb dieser Kapitel. So erübrigt sich spätestens mit der Stalinisierung der KPD eine Auseinandersetzung mit der Frage der Bedeutung, die Thälmann der Parteiendemokratie beziehungsweise innerparteilicher Demokratie zumisst. Die KPD wechselte im Verlauf ihrer Geschichte mehrfach ihren Kurs. Schließlich wurde sie, unter Führung Thälmanns, stalinisiert und völlig von der Komintern und der UdSSR abhängig. Diese Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf die politische Mobilisierung der deutschen Arbeiterschaft und damit auf das Ende der Weimarer Republik: „Mit ihrer Stalinisierung hatte sich die Partei weitgehend von der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung getrennt. Die innerparteiliche Demokratie war vernichtet, die KPD eine Kopie des russischen Bolschewismus.“ (WEBER, S. 19) Ebenso setzt sich die Ausarbeitung nicht mit einer Bewertung der Rolle Thälmanns als Ikone des SED-Staates auseinander. Wolfram Adolphi und Jörn Schütrumpf ziehen im Vorwort zur Ausgabe der Briefe Thälmanns an Stalin dazu folgende Bilanz: „Der Blick auf Ernst Thälmann und die Vorkriegs-KPD wurde mit der Kunstfigur Ernst Thälmann – absichtsvoll und lange Zeit

1 vgl. Thälmanns Briefe an Stalin aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941. In: Adolphi, Wolfram/Schütrumpf, Jörn (1996). Ernst Thälmann: An Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941.

2 Neben zahlreichen noch heute existierenden Straßen und Plätzen in der früheren DDR, die nach Thälmann benannt wurden, gibt es auch in seiner Heimatstadt Hamburg ein öffentliches Gedenken an den KPD-Vorsitzenden der Weimarer Republik: Eine nach ihm benannte Straße wurde nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 wieder umbenannt. In seinem ehemaligen Hamburger Wohnhaus, am Ernst-Thälmann-Platz in Eppendorf, existiert heute die „Gedenkstätte Ernst Thälmann“. Vor diesem Haus erinnert ein sog. „Stolperstein“ an Thälmann als Opfer des Nationalsozialismus.

auch nicht ohne Erfolg – verstellt.“ (ADOLPHI/SCHÜTRUMPF, S. 8) Angemerkt sei an dieser Stelle aber auch, dass in der Person Thälmanns die Tragik kommunistischer Opfer der NS-Diktatur besonders offensichtlich wird.

2. Thälmann und das Parlament

„Wir benutzen das Parlament nur, um von der Tribüne zu den Massen zu sprechen [...] Wir gehen ins Parlament aus dem selben Grund wie in die Gewerkschaften. Wir wollen die Massen revolutionieren.“ (THÄLMANN, zit. nach HORTZSCHANSKY, S. 96)

Parlament und Wahlen, so schreibt Führer, seien für Thälmann, der das Parlament auch schon als „Quasselbude“ bezeichnete (THÄLMANN, Reden, S. 19), lediglich Mittel zur Agitation und Mobilisierung der Massen, die Freiheiten der Demokratie sollten genutzt werden, um sie abzuschaffen. (FUHRLER, S. 153) Selbst die DDR-Geschichtsschreibung lässt keinen Zweifel an der antiparlamentarischen Grundüberzeugung Thälmanns. So schreiben Lieselotte Jelowik und Karl-Heinz Rusch anlässlich Thälmanns 100. Geburtstag 1986 in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Staat und Recht“: „Obwohl Ernst Thälmann gegenüber dem bürgerlich-parlamentarischen Staat der Weimarer Republik eine wohlbegründete kritische Haltung bezog und die Ansicht vertrat, dass nur durch den revolutionären Massenkampf die erstrebte Arbeiter- und Bauern-Macht entstehen konnte, verzichtete er nicht darauf, für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse die vorhandenen demokratischen Formen des bürgerlichen Parlamentarismus trotz aller Beschränktheiten zu nutzen.“ (JELOWIK/RUCH, S. 260) Diese Analyse ist umso bemerkenswerter, da Jelowik und Rusch in ihrem Beitrag ansonsten die konstruktive parlamentarische Arbeit der KPD der Weimarer Republik würdigen. Das antiparlamentarische Verhalten der KPD-Fraktion im Reichstag, zu der Ernst Thälmann von Mai 1924 bis März 1933 als Reichstagsabgeordneter zählte, unterstreicht allerdings die Auffassung, dass das Parlament von den Kommunisten weniger konstruktiv als vielmehr destruktiv genutzt wurde. Die KPD-Reichstagsfraktion machte stark auf sich aufmerksam durch die Herabwürdigung, Verächtlichmachung und Störung der parlamentarischen Arbeit.

Abgesehen vom Sommer 1924 kann allerdings von einem ständigen Chaos im Reichstag keine Rede sein. Die Strategie der Kommunisten (und Nationalsozialisten) war ab 1930 geprägt von der Behinderung der geordneten Abläufe im Parlament. Geschäftsordnungsdebatten wurden sowohl im Plenum wie in den Ausschüssen zum Alltag und dauerten unter Umständen die ganze Sitzung. Ebenso rückten prozedurale und Kompetenzfragen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Die aktiven Störungen des Parlamentsbetriebs durch Provokationen und Tumulte seitens der Extremisten, führte zur Überzeugung vieler Bürgerinnen und Bürger, dass dem Parlamentarismus Sittenverwilderung, Proletentum und Gewalt immanent sei. Das Parlament als eigentlicher Ort der Ordnung und Kontrolle politischen Handelns, verkehrte sich demnach im Bewusstsein vieler Menschen in sein Gegenteil. Einen wesentlichen Anteil daran hatte die KPD-Fraktion.

Am 27. Mai 1924 führt die KPD-Fraktion gezielt Tumulte in der Eröffnungssitzung herbei. Unter Führung Ruth Fischers lärmten die Kommunisten u. a. mit Kindertrompeten, Schlüsseln und den Pultdeckeln. Auch Nationalsozialisten versuchten, sich am Lärmen zu beteiligen, wurden dabei aber von den Kommunisten verhöhnt. Der Namensaufruf wurde von Zwischenrufen der Kom-

munisten mit dem Ziel der Verächtlichmachung des politischen Gegners gestört. (vgl. u. a. Deutscher Reichstag, 1. Sitzung, 27. Mai 1924, StB 381, S. 6 ff.)

Am 3. Juni 1924 kam es zu Störungen seitens der Kommunisten während eines Berichts des Geschäftsordnungsausschusses zur Frage der Aufhebung der Immunität zweier KPD-Abgeordneter, die wegen Hochverrats angeklagt waren. Der Ausschluss des Abgeordneten Remmele (KPD) und dessen Weigerung den Saal zu verlassen führte schließlich zur Aufhebung der Sitzung. (Deutscher Reichstag, 5. Sitzung, 3. Juni 1924, StB 381, S. 55-65)

Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum) wurde am 22. August 1924 durch einen organisierten Sprechchor der KPD-Fraktion daran gehindert, eine Erklärung zur Londoner Konferenz (Neuregelung der Reparationszahlungen) abzugeben. Reichstagspräsident Wallraff schloss in diesem Zusammenhang den KPD-Abgeordneten Dr. Ernst Schwarz von der Sitzung aus. Dessen Weigerung, den Saal zu verlassen, folgte der Abbruch der Sitzung. Ein besonders schwarzer Tag für den Parlamentarismus, da zur Regierungserklärung Vertreter der Weltöffentlichkeit auf die Tribünen des Reichstags gekommen waren. (Deutscher Reichstag, 20./21. Sitzung, 22. August 1924, StB 381, S. 767-770)

Am 27. August 1924, im Vorfeld der Debatte zum Dawes-Plan (Regelung der Reparationszahlungen) brachte Wilhelm Frick (Nationalsozialistische Freiheitspartei) einen Antrag ein, dessen Ziel die Teilnahme der inhaftierten Mitglieder des Reichstages an den Abstimmungen zu den Dawes-Gesetzen war (Zwei-Drittel-Mehrheit würde damit ins Wanken kommen). Der Abgeordnete Wilhelm Brodauf (Demokratische Partei) widersprach dem Antrag und löste damit Tumulte durch Nationalsozialisten und Kommunisten aus: Letztere prügeln Brodauf, der eine Verletzung am Auge davon trug; Sozialdemokraten und Abgeordnete der Demokratischen Partei lieferten sich daraufhin eine Schlacht mit den Kommunisten. Als trotz Unterbrechung keine Ruhe einkehrt, lässt der Präsident den Sitzungssaal räumen; drei Abgeordnete, die des Saales verwiesen wurden dem aber nicht gefolgt waren, werden von der Polizei hinausgeschafft. (Deutscher Reichstag, 25. Sitzung, 27. August 1924, ebd. S. 984)

Am 1. August 1924 behauptete die KPD-Fraktion, keine Einladung zum Ältestenrat erhalten zu haben und forderte dessen nochmalige Einberufung. Reichstagsvizepräsident Walther Graef (DNVP) ging über das Anliegen hinweg und löste damit wütende Proteste aus. Graef ließ schließlich zwei KPD-Abgeordnete (Anton Jadasch, Emil Höllein) die trotz Ausschlusses den Plenarsaal nicht verlassen hatten, von der Polizei hinaus schaffen. (Deutscher Reichstag, 109. Sitzung, 1. August 1925, StB 387, S. 3833-3879)

Am 10. August 1925 bezweifelten KPD-Abgeordnete zu Recht die Beschlussfähigkeit des Parlaments bei der Abstimmung zum neuen Zolltarif. Vizepräsident Walther Graef (DNVP) verzögerte daraufhin die Abstimmung, um fehlenden Abgeordneten noch Gelegenheit zu geben, rechtzeitig ins Plenum zu kommen. Wüsten Beschimpfungen des Vizepräsidenten durch die Kommunisten (u. a. „Oberschieber“) folgte die Entfernung von sechs KPD-Abgeordneten aus dem Plenarsaal. (Deutscher Reichstag, 118. Sitzung, 10. August 1925, ebd. S. 4311-4391)

In einer Amnestiedebatte am 29. März 1928 wurde der SPD-Abgeordnete Otto Landsberg durch Zwischenrufe und Beleidigungen der Kommunisten am Sprechen gehindert. Landsberg bemerkte u. a., dass er die Ausfälle der Kommunisten als wohlthuende Ablösung der Umschmeichelungen der letzten Wochen wahrnehme. Daraufhin attackierten Mitglieder der KPD-Fraktion den Redner

tätlich (Denunziation als „Schmeichler“ stellte die proletarische Aufrichtigkeit der KPD in Frage), konnten sich aber gegen die herbeigeeilten Mitglieder der SPD-Fraktion nicht durchsetzen. Der KPD-Abgeordnete Philipp Dengel warf mit einem Spucknapf auf Landsberg, verfehlte diesen aber, während sich der Inhalt des Spucknapfes auf die Stenographen ergoss und am „Tisch des Hauses“ zerbrach. (vgl. u. a. Deutscher Reichstag, 413. Sitzung, 29. März 1928, StB 395, S. 13938)

Bei den Beratungen über die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes am 4. Dezember 1929 versuchten NSDAP- und KPD-Abgeordnete die Rede des Innenministers Carl Severing (SPD) zu verhindern. Vizepräsident Siegfried von Kardorff (DNVP) unterbrach sechsmal die Sitzung und schloss 26 der 54 kommunistischen Abgeordneten von der Sitzung aus. Erst nach Übernahme der Sitzungsleitung durch Paul Löbe kehrte wieder Ruhe ins Hohe Haus ein. (Deutscher Reichstag, 110. Sitzung, 4. Dezember 1929, StB 426, S. 3442)

Während der Eröffnungssitzung zum Reichstag am 13. Oktober 1930 kam es zu Zwischenrufen, Lärm, Klatschen und Pfeifen, besonders bei den Kommunisten, aber auch bei den Nationalsozialisten. Wie zuvor nur bei der Eröffnungssitzung 1924 wurde der Namensaufruf mit beleidigenden Zwischenrufen von KPD- und NSDAP-Abgeordneten begleitet. Weil Ausschreitungen befürchtet worden waren, die später auch stattfanden, war bereits Polizei um das Reichstagsgebäude aufgezogen. Der Alterspräsident musste mehrfach um Ruhe bitten. Ein Vorgang, der für eine Eröffnungssitzung, abgesehen von 1924, vollkommen unüblich war.

Während der Regierungserklärung von Reichskanzler Brüning am 16. Oktober 1930 musste der Reichstagspräsident vierzehnmal intervenieren und um Ruhe bitten. Das Protokoll verzeichnet 55 Zwischenrufe von Kommunisten und Nationalsozialisten. (Deutscher Reichstag, 3. Sitzung, 16. Oktober 1930, StB 444, S. 23 ff.)

3. Thälmann und die freien Gewerkschaften

„Wer hat die freien Gewerkschaften ihres Inhalts als Kampforganisation der Arbeiterklasse beraubt, sie ausgehöhlt und sie in Hilfsorgane der Unternehmerorganisationen verwandelt? Die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsbürokratie, die SPD.“ (THÄLMANN, Thälmann, Ernst: Reden und Aufsätze, Bd. 1, Köln 1975, S. 144 – 148, S. 145)

So, wie die KPD die Sozialdemokratie bekämpfte, verlief parallel der Kampf gegen die freien Gewerkschaften. Zwischen 1929 und 1930 gipfelte dieser in dem Motto „Heraus aus den Gewerkschaften“ und dem Versuch, die unorganisierte Arbeiterschaft in der neuen „Roten Gewerkschaftsopposition“ (RGO) zu organisieren. Danach verlegte sich die KPD auf eine zweigleisige Taktik, die zusätzlich die Eroberung von Positionen in den freien Gewerkschaften vorsah. (vgl. u. a. FLECHTHEIM, S. 272) Thälmanns Propaganda gegen die Gewerkschaften sei „scharf, zynisch und wahrheitswidrig“ gewesen, schreibt Armin Fuhrer. (FUHRER, S. 221) Schließlich wird Thälmann 1931 aus dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, der Nachfolgeorganisation des Transportarbeiterverbandes, dem er seit 27 Jahren angehörte, ausgeschlossen. Die Gewerkschaftsführer bezichtigt Thälmann daraufhin, aus Organisationen des Klassenkampfes Organisationen zur Unterstützung der kapitalistischen Wirtschaft und der kapitalistischen Staatsmacht gemacht zu haben. (HORTZSCHANSKY, S. 508)

Der Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) Anfang November 1932 ist ein bemerkenswertes Beispiel für die rücksichtslose Politik gegenüber den freien Gewerkschaften: Gemeinsam mit den Nationalsozialisten organisierten die Kommunisten gegen die Überzeugung und das Ergebnis der Urwahl³ der freien Gewerkschaften diesen Streik. Auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD am 24. April 1932 hatte Thälmann bereits festgestellt: „Bei der Auslösung von Streiks sei die Hineinnahme von Nazis in die Streikkomitees absolut notwendig und auch erlaubt.“ (RÖHL, S. 92) Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter Ulbricht und der Gauleiter der NSDAP von Berlin, Joseph Goebbels, agierten bei einer Massenkundgebung nebeneinander auf der Rednertribüne. Bei dieser Nähe zum Gegner spielte sicher auch die Hoffnung eine Rolle, NSDAP-nahe Arbeiter für die KPD zu gewinnen und umgekehrt.

4. Thälmann und die Republik

„Diesen Staat bekämpfen wir so lange, bis er nicht mehr als Staat existiert.“ (THÄLMANN, Reden, zit. nach FUHRER, S. 154)

Die parlamentarische Demokratie ist für Thälmann entweder Vorstufe der faschistischen Herrschaft oder bereits deren Ausdruck (FUHRER, S. 224): „Der Faschismus beginnt nicht, wenn Hitler kommt, er hat längst begonnen.“ (zitiert nach BAHNE, S. 14) Vor der Hamburger Bürgerschaft bekennt Thälmann im März 1921: „Diesen Staat bekämpfen wir so lange, bis er nicht mehr als Staat existiert. Wir machen daraus absolut keinen Hehl. Wir haben keine Veranlassung, in dieser oder jener Beziehung gegen diese oder jene Person schonend vorzugehen.“ (THÄLMANN, Reden, S. 18 zit. nach FUHRER, S. 154) Der Kampf um ein Volksbegehren zur Fürstenenteignung im Jahre 1926 ist für Thälmann ein „Kampf gegen die ganze Bourgeoisie“; dieser Kampf müsse revolutionär werden, wenn „die Bourgeoisie nicht mehr im Stande ist, die Bewegung mit solchen Mitteln der Demokratie wie Parlament, Verfassung usw. niederzuhalten.“ (THÄLMANN, Reden und Aufsätze, S. 226, zit. nach FUHRER, S. 153) Thälmann lehnte bereits zu Beginn der Weimarer Republik eine Beteiligung an einer Regierung auf republikanischem Boden ab: „Eine parlamentarische sozialistische Regierung [...] wäre entweder verdammt, bürgerliche Politik zu machen oder den Entscheidungskampf um die Macht zu entfesseln.“ (THÄLMANN, zit. nach FUHRER, S. 106) Der sog. Rote Oktober unterstreicht die antirepublikanische Haltung Thälmanns: Trotz der Entscheidung der KPD-Führung für einen Abbruch revolutionärer Vorbereitungen am 22. Oktober 1923 wollte Thälmann in Hamburg „ein Zeichen setzen“. Ohne Rücksicht auf das Schicksal der Genossen schlugen die Hamburger Kommunisten, etwa 900, am frühen Morgen des 23. Oktober 1923 los und scheiterten beim Versuch, Polizeistationen in ihre Gewalt zu bringen. Besonders schmerzvoll muss für Thälmann – neben den ihm zur Last gelegten mangelhaften Vorbereitungen – der Umstand gewesen sein, dass sich praktisch keine parteilosen Arbeiter dem Aufstand anschlossen. Revolution und Abschaffung der Demokratie beziehungsweise die Diktatur des Proletariats verbreiteten offensichtlich weitaus weniger Identifikation unter der werktätigen Bevölkerung als der Ruf nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen. Der Rote Oktober kostet 17 Polizeibeamten und zwischen 90 bis 270 Kommunisten das Leben. (FUHRER S. 112ff.)

3 Am 2. November nahmen 84 % der Belegschaft an der Urwahl teil. Für den Streik stimmten 14.471 Arbeiter, 3.993 votierten dagegen. Da keine Dreiviertel-Mehrheit zustande gekommen war, hätte dies nach der üblichen gewerkschaftlichen Praxis eine Ablehnung des Streiks bedeutet.

Die Auseinandersetzung mit der Republik ist auch von Gewalt geprägt, die von der KPD ausgeht: Der Rotfrontkämpferbund (RFB), mit dessen Aufbau Ernst Thälmann ab 1924 beauftragt ist, soll für die militärische Ausbildung seiner Mitglieder sorgen. Diktatur des Proletariats, proletarische Revolution und bewaffneter Aufstand seien eng mit der KPD verbunden, erklärt Thälmann. (THÄLMANN, zit. nach FUHRER, S. 146) Im RFB sollen u. a. alle Kriegsteilnehmer und im Waffendienst Ausgebildete gesammelt werden, die den proletarischen Klassenkampf bejahen (vgl. BAHNE, S. 21) 1928 wird der RFB verboten, seine Rolle bleibt während der Zeit seines Bestehens weit hinter den Erwartungen zurück. Dennoch ist es hier von Bedeutung, dass der RFB – wie von Thälmann beabsichtigt – mit Wehrsportlagern und Wehrsportgruppen deutlich zur gewalttätigen politischen Auseinandersetzung beiträgt. Der Wahlkampf zu den Reichstagswahlen im Sommer 1932 beispielsweise ist an Brutalität kaum zu überbieten. Nationalsozialisten und Kommunisten beklagen allein im Juli 1932 38 beziehungsweise 30 durch politische Gewalt zu Tode gekommene Anhänger. Die KPD-Führung unter Thälmann verhilft auch Mördern aus ihren Reihen zur Flucht. So beispielsweise Erich Mielke, der am 9. August 1931 am Mord an zwei Berliner Polizisten beteiligt war. Herbert Wehner berichtet, dass der Polizistenmord möglicherweise von Thälmann selbst in Auftrag gegeben wurde, da er am Tag des Volksentscheids gegen die preußische Regierung nützlich war, um die nach dem Mord einsetzenden Polizeiaktionen gegen Kommunisten politisch zu nutzen. (FUHRER, S. 235)

5. Thälmann und das Ende der Weimarer Republik

„Gerade recht, wenn die Nazis siegen! Dann kommt der Umsturz, und nach dem Umsturz kommen wir!“ (THÄLMANN, zit. nach BÜTTNER, S. 83)

Die wissenschaftliche Diskussion über die Rolle der KPD und der Komintern in der Endphase der Weimarer Republik befasst sich seit mehr als 60 Jahren mit der Kernfrage, warum es der deutschen Arbeiterbewegung nicht gelungen ist, Hitler zu verhindern. Zwei zentrale Begrifflichkeiten stehen bei der Suche nach einer Antwort im Mittelpunkt: Die sog. „Sozialfaschismusthese“ und das Scheitern der Einheitsfront beziehungsweise die „Antifaschistische Aktion“.

Die Geschichtsschreibung der DDR antwortete auf die Frage nach der Verantwortung der KPD für die Machtübernahme der Nationalsozialisten eindeutig: Der Kampf der KPD gegen den Nationalsozialismus sei nicht nur am überlegenen Gegner gescheitert, sondern an der mangelnden Entschlossenheit der Sozialdemokratie. Die SPD, so die DDR-Geschichtsschreibung, habe „rein legalistisch, arbeitverräterisch“ agiert und sich zum „Komplizen der bürgerlichen Herrschaft“ gemacht. Das Geschichtsbild der westdeutschen Historiker sah demgegenüber in der u. a. durch die Stalinisierung der KPD entstandenen Taktik, die Sozialdemokratie als Hauptfeind der Kommunisten zu bekämpfen (Sozialfaschismusthese), den Kardinalfehler der KPD. Hitler sei unterschätzt und ein wirksamer Abwehrkampf der Arbeiterbewegung unmöglich gemacht worden. (vgl. u. a. WIRSCHING, S. 109 ff.) Neben der Unterschätzung der nationalsozialistischen Bewegung sei auch die Charakterisierung beziehungsweise die Überbewertung der parlamentarischen Demokratie als terroristische Diktatur maßgeblich für das taktische Scheitern der KPD gewesen. (vgl. HEER, S. 113) Ganz ähnlich analysierte bereits Thälmann 1932: Nach den Wahlen zum Preußischen Landtag am 24. April 1932, bei denen die NSDAP ihr Stimmresultat von 1,8 Prozent auf 36,3 Prozent steigern konnte (die KPD büßte gegenüber dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahlen 900000 Stimmen ein), stellte Ernst Thälmann in seinem Rechenschaftsbericht an-

lässlich der Präsidiumstagung des EKKI am 19. Mai 1932 in Moskau selbstkritisch fest, dass die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialfaschismus ebenso fehlerhaft sei wie die Bezeichnung der Regierung Brüning als „faschistische Diktatur“. Als größten Fehler bezeichnete Thälmann, dass die nationalsozialistische Bewegung unterschätzt worden sei. Die KPD sei durch das Tempo in der Entwicklung des Faschismus (siehe Wahlergebnis in Preußen) zu einer methodischen Änderung ihrer Massenarbeit gezwungen. (vgl. u. a. WIRSCHING) So treffend die Analyse, so unterschiedlich ist heute die Bewertung der taktischen und politischen Konsequenzen die die KPD unter Thälmann daraus zog, nämlich das Angebot einer antifaschistischen Aktion.

Als Beleg für den Versuch der KPD, die Arbeiterschaft im Kampf gegen Hitler zu schließen, bewertete die DDR-Wissenschaft dieses Angebot der KPD an die SPD vom 25. Mai 1932. Ziel sei es gewesen, der SPD ein echtes Angebot zu machen, um die Demokratie zu retten, so die DDR-Geschichtsschreibung. Die überwiegende Mehrheit der Geschichtswissenschaft sah und sieht in der „antifaschistischen Aktion“ dagegen keine grundsätzliche Änderung des unter dem Stichwort „Sozialfaschismus“ eingeschlagenen Kurses der KPD. So spricht beispielsweise Wilhelm Pieck noch im März 1932 von der „verbrecherischen Politik der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer“ (WIRSCHING, S. 118). Die Funktionäre der Parteien und Gewerkschaften werden in einem Aufruf der KPD ausdrücklich als verräterisch“ gebrandmarkt. Ernst Thälmann fordert, noch stärker als in der Vergangenheit gelte es, zwischen den sozialdemokratischen Führern und den Massen zu trennen.

Die KPD steht in dieser Zeit für eine außerordentlich komplizierte und schwer zu durchschauende Taktik mit zahlreichen widersprüchlichen Aussagen und Reden. (vgl. u. a. BAHNE S. 25ff.) Nach Wirsching gab die KPD-Führung spätestens ab September 1932 das Bild einer widersprüchlichen, heillos zerstrittenen und in ihren Aktionen häufig konfusen Parteispitze. (WIRSCHING, S. 123)

Ein weiteres Beispiel für politisch fehlerhafte Taktik der KPD zum Ende der Weimarer Republik ist deren Rolle im Vorfeld der Wahl des Landtagspräsidenten in Preußen. Vor der Wahl des Landtagspräsidiums Mitte Juni 1932 in Preußen hatte das Zentrum erkennen lassen, entgegen dem parlamentarischen Brauch, nicht einen Vertreter der stärksten Landtagsfraktion, in diesem Falle der NSDAP, zu wählen. Somit rückte eine Mehrheit aus SPD, Zentrum und KPD in den Bereich des Möglichen. Die KPD entschied sich, vor allem auf Drängen Thälmanns, einen sozialdemokratischen Landtagspräsidenten zu wählen, man solle dies sogar ohne Bedingungen tun: „Denn zu viel stand – wie Thälmann an das Mitglied des EKKI-Präsidiums, Wilhelm Knorin, schrieb – auf dem Spiel.“ Die abschließende Entscheidung traf aber das EKKI, das in einem Telegramm Weisung gab, die Absichten Thälmanns zu verwerfen.⁴ Wirsching analysiert, dass Thälmann mit dieser Einschätzung einen sonst kaum anzutreffenden Weitblick erkennen ließ. Denn Thälmann warnte vor der Möglichkeit, dass möglicherweise ein Reichskommissar als preußischer Ministerpräsident fungieren könne, der zusammen mit dem Landtagspräsidenten Neuwahlen dekretieren könne, so wie es die preußische Landesverfassung bei entsprechenden Mehrheiten im sog. „Dreimänner-Kollegium“ nach Art. 14 vorsah. (WIRSCHING, S. 123f.) Die befürchtete Situation trat tatsächlich am 6. Februar 1933 ein. Trotz der Missbilligung des EKKI und der Forderungen Remmeles, den Kurs der Einheitsfront als taktische Neuausrichtung der KPD öffentlich auszuge-

4 Da sich das Zentrum schließlich bei der Wahl des Landtagspräsidenten enthielt, war die Entscheidung der KPD, trotz Weisung aus Moskau den sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen, politisch folgenlos.

ben, hielt Thälmann es für „das Dümme der Welt“, auf die Sozialdemokratie öffentlich zuzugehen. Wirsching bilanziert: „Thälmann verfolgte in der Phase vom 18. bis 22. Juni [1932] eine Taktik, die einer ‚Einheitsfront von oben‘ sehr nahe kam und im Erfolgsfalle möglicherweise zu einer gewissen Stabilisierung der parlamentarischen Republik hätte beitragen können. Doch zugleich lehnte er es ab, einen Wechsel, d. h. eine entsprechende Flexibilisierung der kommunistischen Taktik öffentlich kundzutun.“ (WIRSCHING S. 127)

Das ZK der KPD verurteilte kurz vor den Reichstagswahlen im Juli 1932 die Idee einer Einheitsfront als „Fehler“. Gemeinsame Demonstrationen mit der SPD wurden für unzulässig erklärt. Die KPD-Führung trägt somit eine große Schuld am Scheitern einer Sammlung der Arbeiterparteien zur Verteidigung der Demokratie beziehungsweise zur Abwehr des Nationalsozialismus. „Der Antifaschismus der KPD erwies sich [...] stets auch als wirksames Instrument gegen den demokratischen Rechtsstaat. In gewisser Weise war der nationalsozialistische Aufstieg für das Nahziel der deutschen Kommunisten, nämlich die Weimarer Demokratie zu zerschlagen, sogar nützlich.“ (WIRSCHING, S. 129)

Zwei Umstände gilt es allerdings ebenfalls zu berücksichtigen, wenn man das Scheitern der Einheitsfront und das Ende der Weimarer Republik und die Rolle der KPD unter die Lupe nimmt: Die KPD war verwurzelt in einem der parlamentarischen Demokratie distanziert bis ablehnend gegenüber stehenden Arbeitermilieu – anders als das Arbeitermilieu der Sozialdemokratie. Darüber hinaus müssen die von Beginn der Republik an bestehenden Ausgrenzungstendenzen des demokratischen Spektrums der Parteien gegenüber den Kommunisten hervorgehoben werden. (vgl. dazu BRAMKE, S. 136) Schließlich wären zahlreiche Einzelaspekte zu erwähnen, die den Graben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten vertieften. So ging beispielsweise am 1. Mai 1929 die Berliner Polizei, die unter Leitung des Sozialdemokraten Zörgiebel stand, gegen kommunistische Demonstranten vor. Im Verlauf der sich daraus entwickelnden Barrikadenkämpfe im Wedding und in Neukölln wurden 25 Zivilisten getötet und 36 schwer verwundet. (vgl. FLECHTHEIM, S. 253f.)

Problematisch bleibt der Faschismusbegriff der Kommunisten allemal: Den Sozialdemokraten wirft Thälmann vor, Sozialismus in Worten, Faschismus in der Tat zu betreiben. (THÄLMANN, zit. nach BAHNE, S. 12). „Faschisten“ sind nach Ansicht der KPD alle Personen und Gruppen, die in den Augen der Kommunisten die Arbeiterschaft unterdrücken. Dazu zählen daher neben den Nationalsozialisten auch die bürgerlichen Parteien, Großunternehmer, Unternehmer, Sozialdemokraten und Gewerkschaften.

6. Zusammenfassung

Für die Politik der KPD, die den Widerstand gegen den Nationalsozialismus schwächte, trägt der Vorsitzende Ernst Thälmann eine große Verantwortung. „Bei allem Respekt vor Thälmanns Haltung in Nazi-Kerkern [...] darf seine verheerende Rolle in der Arbeiterbewegung nicht verharmlost werden.“ (WEBER, S. 21) Die von Stalin zu verantwortende und von Thälmann durchgesetzte ultralinke Politik der KPD und der Kampf gegen den „Hauptfeind SPD“ stärkte indirekt Hitler: „Stalin und Thälmann waren daher mitverantwortlich am Untergang der Weimarer Republik, am Sieg der barbarischen NS-Diktatur und der blutigen Zerschlagung der eigenen kommunistischen Bewegung in Deutschland.“ (WEBER, S. 30f.) Zur Bedeutung des Einflusses Stalins auf Thäl-

manns politische Parolen findet sich bei Karl-Dietrich Bracher eine beispielhafte Darstellung: „Ernst Thälmann, der lange vor dem Bruch der großen Koalition schon die Diagnose sich vereinfacht und erklärt hatte, daß ‚in Deutschland der Faschismus herrscht‘, reiste jetzt zum Befehlsempfang nach Moskau, um dann mit dem Aufruf ‚zum Endkampf für die Befreiung der Arbeiterschaft, zum Sturz des Kapitalismus, für die proletarische Diktatur‘, für eine ‚Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes, der Sowjetunion‘, für den ‚Kampf gegen den Sozialfaschismus‘ und für ‚die deutsche und die Weltrevolution‘ wiederzukehren.“ (BRACHER, S. 334). Thälmanns Stellung und vor allem seine öffentlichen Stellungnahmen zu republikanischen Institutionen wie beispielsweise dem Parlament oder den freien Gewerkschaften sind unstrittig negativ belegt. Auch hier trägt Thälmann eine Mitverantwortung für die Desavouierung dieser Institutionen im öffentlichen Bewusstsein und damit für das Ende der ersten deutschen Republik.

7. Literatur

- Adolphi, Wolfram/Schütrumpf, Jörn (1996). Ernst Thälmann: An Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941. Berlin: Dietz Verlag.
- Bahne, Siegfried (1976). Die KPD und das Ende der Weimarer Republik. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Bracher, Karl-Dietrich (1960). Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. 3. Auflage. Villingen: Ring-Verlag.
- Bramke, Werner (2002) Kommentar zu den Beiträgen von Eberhard Kolb und Andreas Wirsching. In: Winkler, Heinrich August (Hrsg.) (2002). Weimar im Widerstreit. München: R. Oldenbourg. S. 131 – 140.
- Büttner, Ursula (2008). Weimar. Die überforderte Republik 1918 – 1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Eschenburg, Theodor (1984). Die Republik von Weimar. Beiträge zur Geschichte einer improvisierten Demokratie. München/Zürich: Piper.
- Flechtheim, Ossip K. (1969). Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Fuhrer, Armin (2011). Ernst Thälmann: Soldat des Proletariats. München: Olzog.
- Heer, Hannes (1975). Ernst Thälmann. Reinbeck: Rowohlt.
- Hortzschansky, Günter/Haferkorn, Katja (1986). Ernst Thälmann. Bilder, Dokumente, Texte. Berlin/Ost: Dietz.
- Jelowik, Lieselotte/Ruch, Karl-Heinz (1986). Aus der Geschichte des parlamentarischen Kampfes der KPD. In: Staat und Recht, 35. Jahrgang, Heft 4, S. 259 – 267.
- Röhl, Klaus Rainer (1994). Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Thälmann, Ernst (1975). Reden und Aufsätze, Band 1, Köln.
- Weber, Hermann (2002). Kommentar zu den Beiträgen von Eberhard Kolb und Andreas Wirsching. In: Winkler, Heinrich August (Hrsg.) (2002). Weimar im Widerstreit. München: R. Oldenbourg. S. 141 – 150.
- Weber, Hermann/Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.) (2003). Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenz mit Stalin. Berlin: Aufbau-Verlag.

Wirsching, Andreas (2002). „Hauptfeind Sozialdemokratie“ oder „Antifaschistische Aktion“? Die Politik von KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik. In: Winkler, Heinrich August (Hrsg.) (2002). Weimar im Widerstreit. München: R. Oldenbourg, S. 105 – 130.